

Zivilgesellschaftliches politisches Engagement in Tansania

Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme auf die Grundorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

1. Zusammenfassung.....	2
2. Akteure: Wer ist an den politischen Prozessen beteiligt ?.....	3
2.1 Regierung und andere staatliche Akteure.....	3
2.2 Parlament und Parteien	4
2.3 Zivilgesellschaft.....	6
2.4 Weitere Akteure.....	9
2.5 Externe Akteure / Geber	10
3. Politische Prozesse der Armutsbekämpfung, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Verfassungsreform	10
3.1 Übergreifende strategische Ansätze.....	12
3.2 Haushaltspolitik	14
3.3 Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen.....	16
3.4 Stärkung demokratischer Regierungsführung.....	18
4. Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Beteiligung an entwicklungspolitischen Prozessen	19
4.1 Strukturelle Verankerung gesellschaftlicher Partizipation	20
4.2 Rechtliche Basis partizipativer Prozesse	20
4.3 Legitimität beteiligter gesellschaftlicher Gruppen	21
4.4 Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure.....	22
5. Gesamtbewertung.....	22
6. Service	24

1. Zusammenfassung

Gesellschaft und Politik Tansanias¹ zeichnen sich durch eine für Afrika ungewöhnliche Stabilität und friedliche Entwicklung aus, die in fünf Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit zwar erhebliche graduelle Veränderungen, aber keinerlei scharfe Umbrüche brachte. Die Dominanz der früheren Einheitspartei (zunächst TANU, ab 1977 CCM) ist über den gesamten Zeitraum erhalten geblieben, obgleich inzwischen seit 1995 vier demokratische Wahlen in einem kompetitiven Mehrparteiensystem (zuletzt im Oktober 2010) stattgefunden haben. Trotz weithin ungebrochener CCM-Dominanz sind aber politische Auseinandersetzungen in den letzten Jahren wesentlich offener geworden, sowohl durch eine Stärkung der Oppositionsparteien als auch durch den Verlust des monolithischen Charakters der CCM. Insbesondere hat die Rolle des Parlaments gegenüber der Regierung deutlich an Gewicht gewonnen.

Nach dem krisenhaften Ende der früheren sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer langen, eher halbherzig betriebenen Transformationsphase wurde etwa ab Mitte der 1990er Jahre eine ausgeprägt liberal-marktwirtschaftliche Politik verfolgt. Mit starker externer Geberunterstützung wurden im letzten Jahrzehnt zwar hohe Wachstumsraten und gute makroökonomische Erfolgsindikatoren erreicht, was der Regierung durchgängiges Lob der Gebergemeinschaft einbrachte, dennoch blieb Tansania immer noch eines der ärmsten Länder der Welt und die Armut (vor allem in den ländlichen Gebieten) ging nur unmerklich zurück, auch wenn markante Erfolge bei einigen anderen MDGs (insbesondere in Bezug auf die quantitativen Ziele im Bildungsbereich) erzielt werden konnten. Trotz unbestreitbarer makroökonomischer Erfolge bleibt also eine wirksamere Armutsbekämpfung ein zentrales Thema. Eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung über ausbleibende sozialpolitische Verbesserungen ist unverkennbar, was auch bei den letzten Wahlen deutlich wurde.

Lange Zeit galt die tansanische Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem langen Einparteiensystem als eher schwach und relativ angepasst. Dies hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich geändert. Die Kompetenz und öffentliche Wahrnehmung verschiedenster zivilgesellschaftlicher Gruppierungen haben erkennbar zugenommen. Dies wurde aber auch durch eine relativ offene und liberale Gewährleistung entsprechender Freiräume durch CCM und staatliche Institutionen ermöglicht, die eher selten zu restriktiven Kontrollmaßnahmen griffen, allerdings offensichtlich auch im sicheren Gefühl ihrer bisher nie ernsthaft gefährdeten Dominanz. Insgesamt kann ein durchaus geordnetes und weitgehend spannungsfreies Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Parteien und staatlichen Strukturen bei Debatten über zentrale öffentliche Angelegenheiten konstatiert werden. Allerdings dürfen dabei die offensichtlichen strukturellen Schwächen der zivilgesellschaftlichen Akteure nicht übersehen werden. Die meisten kompetenteren nationalen NROs sind ihrerseits von externer Unterstützung abhängig, während die Möglichkeiten der Vertretung lokaler ländlicher Interessen nach wie vor extrem begrenzt sind. Verschiedentlich konnten Anliegen

¹ Die Erläuterungen in diesem Beitrag beschränken sich auf den Festlandsteil Tansanias und lassen den semi-autonomen Landesteil Sansibar unberücksichtigt. Die sansibarische Regierung hat eine eigene Armutsreduzierungsstrategie (MKUZA) vorgelegt; die PRSP der tansanischen Regierung beschränken sich auf das Festland. Zwar wurden die Prozesse in Sansibar und auf dem Festland teilweise harmonisiert, dennoch bleiben es zwei getrennte Prozesse – auch und gerade in Bezug auf die Partizipation der Zivilgesellschaft. Die Bevölkerung Sansibars zählt etwa 1,5 Millionen Menschen, die des Festlandes und 45 Millionen.

zivilgesellschaftlicher Akteure durchaus erfolgreich in öffentliche Programme und in Gesetze eingebracht werden, dennoch bleibt ihr konkreter Gestaltungsspielraum gegenüber der faktischen Dominanz der staatlichen Strukturen gering.

2. Akteure: Wer ist an den politischen Prozessen beteiligt ?

2.1 Regierung und andere staatliche Akteure

Vor dem Hintergrund der für Afrika extrem ungewöhnlichen politischen Kontinuität und Stabilität wird das politische System unverändert durch eine starke Dominanz der Zentralregierung und einen direkt gewählten Präsidenten charakterisiert. Hinzu kommt die nach wie vor enge Symbiose zwischen staatlichen Strukturen und der Regierungspartei (und langjährigen Einheitspartei) CCM (s.u. 2.2). Im gegebenen Präsidialsystem hat das Amt des Premierministers keine eigenständige politikbestimmende Rolle. Neben dem Präsidialamt hat für die generellen Orientierungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik (auch gegenüber den wichtigen externen Geberinstitutionen) vor allem das Finanz- und Wirtschaftsministerium entscheidenden Einfluss, neben dem Jahreshaushalt insbesondere für die mittelfristigen Planungsvorgaben und die Strategien zur Armutsbekämpfung. Die Kompetenz der Fachministerien ist eng auf ihre jeweiligen Aufgabenbereiche beschränkt. Wichtig sind vor allem die Ministerien für Landwirtschaft, Erziehungswesen und Gesundheit. Ein großes Kabinett (derzeit 29 Minister) ist für alle Regierungsgeschäfte verantwortlich.

Das Territorium des Festlandes ist in derzeit 21 Regionen unterteilt; diese setzen sich aus über 120 Distrikten zusammen. Ein gradueller Prozess der noch weiteren Aufteilung in vermeintlich homogenere kleinere Einheiten wird weiter fortgesetzt. Schon seit langem wird offiziell eine Dezentralisierungspolitik mit Verlagerung von staatlichen Kompetenzen auf untere Gebietskörperschaften betrieben, was aber angesichts der extrem limitierten eigenen Finanzressourcen der Distrikte und Stadtverwaltungen und der somit gegebenen Abhängigkeit von Finanzzuweisungen der Zentralregierung faktisch weiterhin auf sehr enge Grenzen stößt. Die lokalen Gebietskörperschaften sind für etwa 20% aller öffentlichen Ausgaben verantwortlich, während sie nur rund 5% der staatlichen Einnahmen erbringen. Die gewählten Distrikt- bzw. Gemeinderäte können im Rahmen zentral vorgegebener genereller Richtlinien in sehr engen Grenzen die jeweiligen lokalen Prioritäten festlegen. Für fünf wichtige Aufgabenbereiche (Primarschulen, lokale Gesundheitsdienste, landwirtschaftliche Beratungsdienste, Wasser, lokale Straßen) liegt die Durchführungsverantwortung auf lokaler Ebene, aber geregelt nach national verbindlichen Vorgaben. Auf nationaler Ebene ist für den gesamten Bereich der Territorialverwaltung das Büro des Premierministers zuständig.

Sehr stark reduziert gegenüber der früheren sozialistischen Ära ist schon seit längerem die Bedeutung staatlicher Betriebe (*parastatals*) für die Ökonomie des Landes und insbesondere ihre Funktion als politisch determinierter Akteur für die Durchsetzung sozial- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen. In einem Anfang der 1990er Jahre begonnenen langwierigen Prozess wurden die allermeisten Staatsbetriebe entweder privatisiert oder liquidiert. Die noch verbliebenen Staatsbetriebe werden im Prinzip nach kommerziellen betriebswirtschaftlichen Kriterien betrieben, können aber doch leicht zu Rücksichtnahme auf politische Interessen gedrängt werden. Da einige Privatisierungen klare Fehlschläge waren, wird neuerdings sogar über eine eventuelle Rücküberführung in staatliche Hand diskutiert.

Wichtige staatliche Institutionen sind der Rechnungshof (*Controller and Auditor General*), die Antikorruptionsbehörde (*Prevention and Combating of Corruption Bureau*) und die Parteienregulierungsbehörde (*Registrar of Political Parties*). Sie sind im Prinzip unabhängig von direkter politischer Einflussnahme und haben dies auch weitestgehend unter Beweis gestellt, dennoch können gewisse Rücksichtnahmen auf die Interessen der dominanten CCM und ihrer Führungsspitzen nicht ganz in Abrede gestellt werden. Diese Institutionen üben ein wichtiges Wächteramt aus und scheuen nicht vor kritischen Stellungnahmen zurück, auch wenn diese häufig wirkungslos ohne entsprechende Korrekturmaßnahmen der betroffenen Stellen verpuffen.

Alle staatlichen Institutionen haben sich gegenüber einer früher verbreiteten Haltung der nahezu uneingeschränkten Omnipotenz seit der politischen Liberalisierung in den 1990er Jahren wesentlich an Erfordernisse von öffentlicher Rechenschaftslegung, Transparenz und Bürgerbeteiligung gewöhnen müssen. Es gibt zwar immer noch verbreitete obrigkeitsstaatliche Gewohnheiten und Reflexe, doch als Folge mehrerer Reformprogramme, aber auch durch die Arbeit von politischen Oppositionskräften, Medien und kritischen NROs müssen staatliche Amtsträger darauf bedacht sein, sich im Rahmen der gegebenen legalen Regularien zu verhalten. Dies verhindert zwar keineswegs ein anhaltend hohes Maß an Korruption, doch wird zunehmend energischer dagegen vorgegangen und auch vor hochrangiger Prominenz nicht Halt gemacht. Die lange Tradition der uneingeschränkten Einparteiära wirkt partiell, insbesondere in einigen ländlichen Gebieten, insofern noch bis heute nach, dass Maßnahmen staatlicher Autoritäten weitgehend unhinterfragt hingenommen werden.

Die professionelle Leistungsfähigkeit der staatlichen Institutionen und ihrer Akteure ist ausgesprochen uneinheitlich und kann nicht pauschal charakterisiert werden. Neue Organisationsstrukturen, Fortbildungsmaßnahmen und eine graduelle Anhebung der realen Gehaltsbezüge im Laufe des letzten Jahrzehnts bewirkten hier merkbliche Verbesserungen. Dennoch bestehen nach wie vor gewaltige Kompetenzunterschiede zwischen den oberen Rängen der nationalen Ministerien und der zentralen staatlichen Behörden sowie der großen Masse der Staatsbediensteten, insbesondere auf der für eine effektive Dezentralisierung wichtigen Ebene der Distrikte. Elemente klientelistischer Patronagebeziehungen sind gegenüber dem Anspruch eines neutralen professionellen Verhaltens weit verbreitet. Die Motivationsbereitschaft und Qualität nahezu aller staatlichen Dienstleistungen für die einfachen Bürger ist durchgängig stark defizitär. Eine Kontrolle hinsichtlich einer Einhaltung von Mindeststandards durch vorgesetzte Ebenen findet nur in seltenen Fällen statt. Insofern wird seit eh und je eine relativ laxe Leistungseinstellung im öffentlichen Dienst hingenommen. In anhaltender Nachwirkung der Egalitätsprinzipien der früheren sozialistischen Ära kann wohl noch immer von einem verbreiteten Grundkonsens für die Verfolgung breitenwirksamer sozialpolitischer Programme und für eine aktive Armutsbekämpfung ausgegangen werden, selbst wenn die reale Entwicklung dem schon länger nicht mehr entspricht.

2.2 Parlament und Parteien

Das Parlament hatte in der vergangenen Phase des Einparteisystems (bis 1995) eine nur sehr untergeordnete Rolle gegenüber den CCM-Parteigremien und der staatlichen Verwaltung. Im Zuge der beginnenden politischen Liberalisierung in den 1990er Jahren war die

numerisch weit überlegene CCM-Mehrheit im Parlament anfänglich streng darauf bedacht, Disziplin und Geschlossenheit gegenüber der neuen (zahlenmäßig weit unterlegenen) Opposition zu bewahren und die Regierung nahezu uneingeschränkt zu unterstützen. Dies hat sich im letzten Jahrzehnt grundlegend geändert. Die Parlamentarier aller Parteien (auch der CCM) sind inzwischen sehr selbstbewusst geworden und verstehen sich als echtes Kontrollgremium der Regierung. Die CCM verfügt noch immer über eine absolut dominante Mehrheit (vier Fünftel der Mandate), doch aus den letzten Wahlen vom Oktober 2010 ging die Opposition deutlich gestärkt hervor. Es gibt längst keine strikte Parteidisziplin der CCM-Parlamentarier mehr, sondern ein sehr unabhängiges und kritisches Agieren vieler Abgeordneter (entsprechend den CCM-Flügelbildungen, s.u.). Bei einzelnen konkreten Sachfragen ist eine pragmatische Kooperation von CCM- und Oppositionsabgeordneten nicht selten. Insgesamt ist die Arbeit in den Parlamentsausschüssen sehr viel wichtiger geworden, obgleich die Kompetenzressourcen der Abgeordneten (mangels Rückgriff auf wissenschaftliche Dienste) gegenüber der Ministerialbürokratie äußerst begrenzt sind. Eine wichtige Funktion als potentiell Regulativ haben spezielle Untersuchungsausschüsse bei Fällen von vermuteten Skandalen. Im bisher spektakulärsten Fall mussten als Ergebnis eines kritischen Untersuchungsberichts im Februar 2008 sogar der Premierminister und zwei Minister zurücktreten. Bei der Genehmigung der Haushaltspläne einzelner Ministerien erweisen sich die Abgeordneten (auch der CCM) zunehmend als hochgradig kritisch gegenüber den Vorlagen der Regierung und drohen häufig eine Ablehnung an, falls die Regierung nicht auf besondere Kritikpunkte eingeht. Bisher ist es allerdings noch zu keiner tatsächlichen Ablehnung gekommen, da die Regierung sich immer kompromissbereit zeigte und noch Veränderungen in den Budgetvorlagen vornahm. Insgesamt hat also das Parlament heute eine sehr viel bedeutendere Rolle als früher, dennoch kann es aber (wie in den meisten Ländern) nur begrenzten Einfluss auf die konkrete Regierungsarbeit ausüben.

Die Parteienlandschaft ist durch eine eklatante Ungleichheit in Bezug auf tatsächliche Relevanz geprägt. Zwar sind derzeit 18 Parteien offiziell registriert und haben an den letzten Wahlen (2010) teilgenommen, aber die meisten sind faktisch bedeutungslos. Neben der dominanten CCM haben sich zuletzt zwei Oppositionsparteien (CHADEMA und CUF) etablieren können, außerdem sind noch drei weitere Parteien mit jeweils einem bis vier Abgeordneten im Parlament vertreten. Auch bei den führenden Parteien bleibt die konzeptionelle Grundsatzarbeit weitgehend im unklaren. Innerparteiliche Entscheidungsabläufe zur Positionierung hinsichtlich sozial- und wirtschaftspolitischer Zielsetzungen sind nach außen kaum transparent. In den Wahlkämpfen stehen bei der Opposition ständig wiederholte Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung deutlich im Vordergrund, während die CCM mit Verweisen auf die gesicherte friedliche Stabilität und Versprechungen über sozialpolitische Verbesserungen zu punkten versucht.

Die CCM (*Chama cha Mapinduzi* / Partei der Revolution) dominiert die politische Szene nahezu unangefochten seit mehr als fünf Jahrzehnten, schon seit vor der Unabhängigkeit. Bisher hat die CCM es noch immer verstanden, ihre Einheit und damit die weitgehende politische Kontrolle des Landes zu erhalten, obgleich in den letzten Jahren deutliche interne Antagonismen und Flügelkämpfe offensichtlich geworden sind, die wiederholt zu Spekulationen über eine bevorstehende Spaltung geführt haben. Es gibt sicherlich mehrere verschiedene Strömungen innerhalb der sich als nationale Sammlungspartei verstehenden CCM, doch verkürzt können die heutigen Konfliktlinien auf den Gegensatz zwischen einer sog. "alten Garde", die an lange gewohnten korrupten Praktiken der Privilegierung festhalten will, und einer jüngeren Generation von sog. "Reformern", die im Zuge des veränderten

politischen Klimas auf mehr Offenheit und Transparenz drängen, zurückgeführt werden. Angesichts der verbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung und des verschlechterten Wahlergebnisses 2010 hat zuletzt der interne Druck auf vermutet besonders korrupte Kader in der CCM deutlich zugenommen. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis versteht sich die CCM, anknüpfend an die frühere sozialistische Ära unter Nyerere, noch immer als sozialistische Partei und vertritt daher Zielsetzungen von sozialer Gerechtigkeit, sozialpolitischen Verbesserungen und Armutsbekämpfung, auch wenn in Praxis schon seit langem eine sehr pragmatisch-liberale marktwirtschaftliche Politik mit Orientierung auf makroökonomisches Wachstum betrieben wird.

Die CHADEMA (Partei für Demokratie und Entwicklung) hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts als führende Oppositionspartei auf dem tansanischen Festland herauskristallisiert. Sie bildet die offizielle Schattenregierung im Parlament (ohne Kooperation mit den anderen Oppositionsparteien), ist in verschiedenen Landesteilen erfolgreich und vertritt vornehmlich (aber keineswegs ausschließlich) eine Wählerschaft der größeren Städte. Sofern überhaupt klar festmachbar, vertritt die CHADEMA im Vergleich zur CCM eine relativ liberale marktwirtschaftliche Politik mit Kritik an übermäßiger Staatskontrolle, obgleich auch sozialpolitische Verbesserungen angestrebt werden. Die CUF (*Civic United Front*) hat ihre Basis vornehmlich im halb-autonomen Landesteil Sansibar (insbesondere auf der Insel Pemba), verfügt aber auch über Wähleranhang in überwiegend muslimischen Gebieten des Festlands. Ein eindeutiges wirtschafts- und sozialpolitisches Profil ist nicht festzumachen; es werden gleichermaßen eher armutsreduzierende wie wachstumsorientierte Ziele angestrebt. Insgesamt haben es die verschiedenen Oppositionsparteien bisher nicht verstanden, ein effektives gemeinsames Bündnis gegen die starke Übermacht der CCM aufzubauen. Bei aller üblichen Polemik zwischen Regierungspartei und Opposition und auch gelegentlichen Verschärfungen ist insgesamt ein durchaus ziviler und normalen Regularien unterworfenen Umgang der parteipolitischen Kontrahenten miteinander zu konstatieren.

2.3 Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliches Engagement hat in Tansania eine bis in die Kolonialzeit reichende lange Tradition, in der soziale Bewegungen und Organisationen (wie Genossenschaften und Lehrerverbände) Träger der Unabhängigkeitsbewegung wurden. Im Zuge der sozialistischen Politik der 1960er und 1970er Jahre wurde zivilgesellschaftliches Engagement unter die Kontrolle der Einheitspartei gebracht; unabhängige Organisationen wurden aufgelöst und verboten, Massenorganisationen der Partei erhielten das Monopol, gesellschaftliches Interesse zu organisieren – allerdings mit zunehmendem *top-down-approach*, der eher Kontrolle der Bevölkerung sicherstellte als deren Partizipation zu ermöglichen und zu einer Lähmung zivilgesellschaftlichen Engagements führte. Selbst Genossenschaften gerieten unter Kuratel der Partei. Allein religiöse Organisationen (*Faith-based Organisations, FBOs*), die allerdings mit dem Staat kooperierten, bestanden weiter, ebenso wie auf lokaler Ebene kleine Selbsthilfegruppen. In den Krisenjahren der 1980er, die u.a. von einer drastischen Verschlechterung der sozialen Lage gekennzeichnet waren, entstanden zunehmend lokale Selbsthilfegruppen, um soziale Dienstleistungen für sich oder ihre Gemeinde zu organisieren, die der Staat nicht mehr erbrachte. Ab Mitte der 1980er Jahre wechselte die Regierung den Kurs und ermunterte NRO, sich an der Erbringung sozialer Dienstleistungen, vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen zu beteiligen. Die politische Liberalisierung

der 1990er Jahre sowie die Politik internationaler Geber, ihre Geldmittel an staatlichen Institutionen vorbei direkt CSO (*Civil Society Organisations*) zugutekommen zu lassen, führte zu einem enormen Zuwachs ('mushrooming') von NRO. Unterschiedlichen Autorinnen und Autoren zufolge liegt die Zahl der CSO derzeit bei zwischen 3.000 und etwa 8.000. Die meisten einheimischen NRO arbeiten lokal und leisten einen in manchen Regionen essentiellen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitssektor. FBOs kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die Abhängigkeit von Mittelzuflüssen externer Geber ist allerdings hoch; daher ist auch nicht verwunderlich, dass zahlreiche NRO insbesondere in der '*mushrooming*-Phase' der 1990er Jahre vor allem gegründet wurden, um an internationale Gelder zu gelangen.

Neben lokalen Selbsthilfegruppen und den auf die Erbringung von Dienstleistungen konzentrierten NRO entstanden vor allem in Dar es Salaam und wenigen anderen großen Städten Organisationen, die insbesondere auf politischer Ebene arbeiten (*advocacy NGOs*). Ihre Arbeitsbereiche umfassen die Durchführung von Studien, Thematisierung von Missständen (meist durch Medienarbeit), Lobbyarbeit für Veränderungen von Gesetzen und staatlichen *policies*, aber auch das Verbreiten von Informationen, sowie Sensibilisierung und *empowerment* der Bevölkerung durch Medienarbeit, Publikationen, workshops und Beratung – letzteres vor allem in rechtlichen Fragen.

Die meisten dieser *advocacy NGOs* sind Eliten-basiert, sie verfügen über akademisch ausgebildetes, professionelles Personal, ermöglichen aber nur wenig Partizipation der Bevölkerung; sie arbeiten eher *für* statt *mit* den Menschen. In der Regel sind diese Organisationen stark von externen Finanzmitteln abhängig; sie müssen sich daher auch vor allem gegenüber den externen Gebern legitimieren und weniger gegenüber den Menschen in deren Namen sie sprechen (wollen). Daher ist es nicht verwunderlich, dass viele der *advocacy NGOs* zwar untereinander gut vernetzt sind und bei Kampagnen zusammenarbeiten², aber oft nur wenig außerhalb der großen Städte präsent sind. Die Präsenz im ländlichen Raum beschränkt sich meist auf die Durchführung von workshops und Studien. Vernetzung erfolgt aber häufig über Partnerorganisationen oder individuelle Kontakteleute in anderen Städten. Wenige NRO unterhalten zudem eigene Zweigstellen in den Regionen. Einige dieser Organisationen finanzieren ihre Aktivitäten zudem durch Beratungs- und Gutachtertätigkeiten. In den vergangenen fünfzehn Jahren haben sich ein bis zwei Dutzend dieser professionell arbeitenden *advocacy NGOs* als anerkannt wichtige Mitspieler mit nationaler Bedeutung im politischen Prozess etabliert.

In den ersten 10-15 Jahren nach Einführung des Mehrparteiensystems war das Verhältnis zwischen der Regierung und den vor allem im politischen Bereich arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen von Unklarheiten und Argwohn geprägt. Während der Staat die Arbeit von Dienstleistungs-NRO von Anfang an begrüßte, wurden *advocacy NGOs* als Bedrohung für die Regierung verstanden und ihre Aktivitäten teilweise mit repressiven

² So ist beispielsweise FemAct ein Aktionsbündnis von fast 40 Organisationen; Policy Forum ist ein institutionalisiertes Bündnis von über 100 Organisationen – ausgestattet mit eigenem Sekretariat und *programme officers*. Im Rahmen der jeweiligen Kampagnen agieren die Mitgliedsorganisationen unter dem Label des jeweiligen Bündnisses – also als FemAct oder als Policy Forum. Neben diesen institutionalisierten Bündnissen arbeiten NRO auch in temporären Kooperationen für spezifische Anliegen zusammen. So schlossen sich 2010 17 NRO zum *Tanzania Civil Society Consortium on Election Observation* (TACCEO) zusammen, um eine effektive Beobachtung der Wahlen vom Oktober 2010 zu gewährleisten. Netzwerke und Organisationen wie TANGO oder *The Foundation for Civil Society* zielen auf eine Stärkung der NRO selbst ab.

Methoden beantwortet. Noch 2005 verfügte die Regierung einen Bann gegen die Aktivitäten von *HakiElimu* („Recht auf Bildung“), weil die NRO mit publikumswirksamen Plakaten und Radiospots die Regierung für die Bildungsmisere verantwortlich gemacht hatte. Erst massive nationale Proteste führten (nach einem Regierungswechsel) zwei Jahre später zur Aufhebung des Banns und einer Art Entschuldigung seitens des damaligen Premierministers. Der Amtsantritt der Regierung Kikwete Ende 2005 scheint zu einer erhöhten Akzeptanz auch regierungskritischer Aktivitäten der CSO geführt zu haben. Kritik wird zunehmend als legitim und als konstruktiver Beitrag zur Weiterentwicklung betrachtet.

Aber auch bei den CSO selbst wirkten die Prägungen der langjährigen Einbindung und Kontrolle gesellschaftlicher Aktivitäten durch das Einparteiensystem lange nach. Während einer Selbstfindungsphase bis in die 2000er Jahre hinein waren sich viele NRO nicht sicher, ob ihre Rolle nun darin bestehe, die Regierung grundsätzlich zu kritisieren, oder ob sie mit ihr kooperieren sollten. Mittlerweile arbeiten viele CSO mit Ministerien zusammen, beraten bei der Politikformulierung, erhalten sich aber ihre kritische Distanz und Unabhängigkeit – und damit ihre Reputation als konstruktive und aktive, sowohl konflikt- als auch kooperationsbereite AdvokatInnen gesellschaftlicher Anliegen.

CSO waren in den vergangenen Jahren zunehmend in der Lage, ihre Anliegen politisch wirksam zu machen. Ihre Debatten-, Medien-, Kampagnen- und Lobbyarbeit hat Themen auf die politische Agenda gesetzt; mehrere Gesetzesinitiativen gehen auf die Aktivitäten von CSO zurück. Die Anhörung von NRO vor dem Parlament ist mittlerweile gängige Praxis, teilweise werden NRO von Fachministerien in die Formulierung von Gesetzesvorschlägen eingebunden. Die harten Auseinandersetzungen beispielsweise um die (nach wie vor schwebende) Mediengesetzgebung verdeutlichen jedoch auch die existenten Spannungen zwischen Zivilgesellschaft und Regierung, die sich u.a. in ihren unterschiedlichen Staats- und Politikkonzeptionen begründet. NRO klagen zudem, von staatlichen Stellen oftmals sehr kurzfristig um Kommentare beispielsweise für Gesetzesvorlagen gebeten zu werden. Mitunter würden mehrere hundert Seiten starke Dokumente an NRO versandt und um Kommentierung bis zur am nächsten Tag stattfindenden Sitzung gebeten³.

Einen wichtigen Faktor stellen in Tansania tätige internationale NRO bzw. tansanische Zweige internationaler NRO dar. Organisationen wie OXFAM, CARE, Save the Children und andere arbeiten als soziale Dienstleister mit eigenen Projekten, beteiligen sich aber auch an *advocacy*-Kampagnen und an der Entwicklung von Regierungsprogrammen. Bei der Formulierung des zweiten PRS-Papiers (2005-2010) waren vor allem internationale NRO bzw. deren tansanische Zweige beteiligt. Etwas anders ist die Rolle beispielsweise deutscher politischer Stiftungen, die NRO als *'facilitators'* unterstützen⁴.

³ Über solche Herausforderungen berichteten Vertreterinnen und Vertreter mehrerer NRO bei Interviews im August 2011. Die Bewertung solcher Praktiken war jedoch unterschiedlich und reichte von der Annahme einer bewussten Strategie staatlicher Institutionen, zivilgesellschaftliche Partizipation faktisch zu unterlaufen bis zur Vermutung, die kurzfristigen Zusendungen von Dokumenten sei vornehmlich unzureichender Abläufe in den entsprechenden staatlichen Institutionen geschuldet.

⁴ Beispielsweise arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Gewerkschaften zusammen und versucht, deren Bedeutung zu stärken. Das *Young Leaders Training Programme* zielt unter anderem darauf ab, zivilgesellschaftliche Kapazitäten zu stärken. Die Konrad Adenauer Stiftung bringt unter dem Schirm des *'Maendeleo Dialogue'* NRO zur Diskussion aktueller Themen zusammen. Zur zivilgesellschaftlichen Ablehnung des Versuchs der Regierung, einen Gesetzesvorschlag zur Erarbeitung einer neuen Verfassung im

2.4 Weitere Akteure

Während in der früheren staatswirtschaftlichen Ära eine Vertretung privatwirtschaftlicher Interessen nur sehr begrenzt möglich war, hat sich dies durch die wirtschaftspolitische Liberalisierung seit den 1990er Jahren wesentlich geändert. Verschiedene Wirtschaftsverbände werden von Regierung und Parteien als bedeutsame Interessenvertreter und Gesprächspartner wahrgenommen und können ihre Positionen bei der Politikgestaltung einbringen. Zu nennen sind hier insbesondere: Handels- und Wirtschaftskammer (*Tanzania Chamber of Commerce, Industry and Agriculture*), Industrieverband (*Confederation of Tanzania Industries*), Bergbaukammer (*Tanzania Chamber of Mines*), Arbeitgeberverband (*Association of Tanzanian Employers*), Nationaler Wirtschaftsrat (*Tanzania National Business Council*) und *Tanzania Private Sector Foundation*. Die meisten führenden Politiker haben heute in unterschiedlichsten Formen eigene Wirtschaftsinteressen und vertreten überwiegend eher unternehmerfreundliche Politikansätze. Dies gilt nahezu uneingeschränkt auch für die gesamte CCM-Führungsriege trotz noch immer existenter deklaratorischer Anklänge an die sozialistische Vergangenheit. In einem stark von Klientelismus geprägten System lässt sich politischer Einfluss sehr vorteilhaft mit der Verfolgung eigener wirtschaftlicher Interessen verbinden.

Der politische Einfluss der Gewerkschaften war seit jeher und ist auch weiterhin relativ schwach. Zu Zeiten der Einheitspartei waren sie eine Untergliederung der CCM und unterlagen deren Direktiven. Der heutige Gewerkschaftsdachverband (*Trade Union Congress of Tanzania*) vertritt insgesamt elf selbständige Branchengewerkschaften, von denen die Lehrgewerkschaft deutlich die schlagkräftigste ist. Die Durchsetzungskraft gegenüber Regierung und Arbeitgeber ist relativ gering.

Traditionelle Autoritäten (*chiefs*), die in vielen anderen afrikanischen Ländern auf lokaler Ebene von großer Bedeutung sind, spielen in Tansania (sofern überhaupt vorhanden) schon lange keine nennenswerte Rolle mehr. Ihr politischer Einfluss wurde schon in den ersten Jahren der Unabhängigkeit durch den umfassenden Machtanspruch der CCM bewusst gebrochen.

Die Medienlandschaft kann als weitgehend frei und unabhängig von direkter Einflussnahme durch die Regierung bezeichnet werden. Neben öffentlich-rechtlich kontrollierten Medien (TV, Radio, Zeitungen) gibt es ein großes Spektrum privater Medien. Deren Unabhängigkeit ist generell gewährleistet. Sie spielen eine wichtige Rolle für die öffentliche Auseinandersetzung über die wirtschafts- und sozialpolitische Orientierung des Landes. Es gibt breite offene Debatten über alle relevanten Themen. Grundsätzlich zeigen sich die Medien in hohem Maße bereit, über zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu berichten, bzw. deren Anliegen zu verbreiten. Zahlreiche Journalistinnen und Journalisten sind selbst in CSO aktiv und stellen ein Bindeglied zwischen CSO und Medien dar. Zunehmende Bedeutung gewinnen auch neue Medien und soziale Netzwerke im Internet. Der Blog von Issa Michuzi, einem Fotojournalisten der *Daily News* gilt als 'einflussreich', ebenso wie die Debatten auf *JamiiForums*.

Schnellverfahren durch das Parlament zu bekommen, trug ein kurzfristig einberufener 'Maendeleo Dialogue' wesentlich bei.

2.5 Externe Akteure / Geber

Tansania wird seit Jahrzehnten in großem Umfang von externen Entwicklungshilfegebern unterstützt und ist von dieser Hilfe auch weiterhin für die Durchführung vieler Entwicklungsvorhaben in starkem Maße abhängig. Das Land gilt für viele Beobachter insofern geradezu als Paradebeispiel für eine Perpetuierung der Abhängigkeit von externer Hilfe. Der ganz überwiegende Teil aller staatlichen Investitionsprogramme ist nur durch massive Finanzaufflüsse von ausländischen Gebern in Form von Zuschüssen oder Krediten möglich. In den letzten Jahren wurden immer noch über 40% des Staatshaushalts durch externe Mittel finanziert, trotz aller Bemühungen um eine Steigerung der eigenen Staatseinnahmen und eine Reduzierung der Außenabhängigkeit. Bei dieser Situation ist klar, dass die externen Geberländer- und -institutionen einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik ausüben können. Neben multilateralen Institutionen (Weltbank, IWF, EU, AfDB, UN-Organisationen etc.) sind praktisch alle alten und neuen EZ-Geberländer in Tansania aktiv.

Über die Durchführung einzelner konkreter Projekte hinaus ist in den letzten Jahren die Unterstützung in Form von sektorbezogener oder allgemeiner Budgethilfe immer wichtiger geworden, wobei viele Geber sich in abgestimmter Form zu bestimmten Finanzbeiträgen zum tansanischen Haushalt verpflichten. Tansania hat diesbezüglich eine Vorreiterrolle in Afrika gespielt und war relativ früh als zuverlässiges Partnerland für diese neue Form der Finanzabwicklung akzeptiert worden. Die Budgethilfe wird nach festen Modalitäten abgestimmt zwischen den daran beteiligten Gebervertretern und vorrangig dem tansanischen Finanzministerium (sowie je nach Fall einzelnen Fachministerien). Regelmäßig gemeinsam durchgeführte Ausgabenüberprüfungen (*Public Expenditure Reviews*) ermöglichen die notwendige Kontrolle. Den allgemeinen Rahmen dafür bilden seit einigen Jahren die auf mehrere Jahre angelegten *'Joint Assistance Strategies'* (JAST), die von tansanischer Regierung und der Gebergemeinschaft gemeinsam festgelegt werden. Die allermeisten Geber haben sich hierzu zur informellen *'Tanzania Development Partners Group'* als Forum der Koordination und Abstimmung zusammen geschlossen. Allerdings wurden in letzter Zeit auch eine zunehmende Unzufriedenheit mit der tatsächlichen Durchführungspraxis und eine Tendenz zur Begrenzung der Budgethilfe deutlich.

3. Politische Prozesse der Armutsbekämpfung, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Verfassungsreform

Die aktuellen Prozesse der Armutsbekämpfung haben eine lange Vorgeschichte, die es für eine Bewertung zu berücksichtigen gilt. Nach der extremen wirtschaftlichen Krisenphase in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, wesentlich bedingt durch die ausbleibenden Erfolge der staatssozialistischen Wirtschafts- und wohlfahrtsorientierten Sozialpolitik, begann ab 1986 ein sich über mehr als ein Jahrzehnt hinziehender Prozess einschneidender wirtschafts-politischer Reformen und der Durchführung sog. Strukturanpassungsmaßnahmen. Dabei stand zunächst die Stabilisierung zentraler makroökonomischer Parameter klar im Vordergrund, während die Verfolgung sozialpolitischer Zielsetzungen deutlich ins Hintertreffen geriet und dies zum Auslöser einer schärfer werdenden Kritik an der Ausgewogenheit des verfolgten Kurses wurde. Parallel zur sich allmählich beschleunigenden wirtschafts-politischen Liberalisierung wurde - langsamer und weniger konfrontativ als anderswo in Afrika - 1992 ein Mehrparteiensystem eingeführt; 1995 wurden zum ersten Mal Wahlen im

neuen Mehrparteiensystem durchgeführt. Die Verfassung wurde mehrfach ergänzt, um der Abkehr von Staatssozialismus, Einparteiensystem und Dominanz der Partei gegenüber dem Staat Rechnung zu tragen. Die von vielen innenpolitischen Akteuren geforderte Ausarbeitung einer neuen Verfassung fand jedoch bis Anfang 2011 kein Gehör.

Schon relativ früh und konsequent begann man in Tansania, sich auf den in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eingeführten internationalen PRS-Prozess einzulassen. Dies wurde seither bis in die Gegenwart erfolgreich fortgesetzt. Eine erste '*National Poverty Eradication Strategy*' (Juni 1998) war noch ohne zivilgesellschaftliche Beteiligung von der Regierung ausgearbeitet und zur Qualifizierung für einen HIPC-Schuldenerlass verwendet worden. Gleichzeitig war von der Plankommission als langfristige Zielorientierung für die Entwicklung des Landes das Dokument '*Tanzania's Development Vision 2025*' ausgearbeitet worden. Erstaunlicherweise wird es bis heute als Basisdokument verwendet; bei einer formellen Überprüfung 2009 wurde es als weiterhin gültig bewertet.

Das erste vollgültige PRSP (Oktober 2000) war hingegen das Produkt eines weithin, im Vergleich zu vielen anderen Ländern, als relativ vorbildlich angesehenen Prozesses der Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft an der Formulierung des endgültigen Dokuments, ausgehend von einem Entwurf der Ministerialbürokratie. Wegen des hohen Zeitdrucks (6 Monate für den Abstimmungsprozess) gab es allerdings auch Kritik hinsichtlich der tatsächlichen Einflussmöglichkeiten. Vor allem einige größere NRO (mit internationaler Unterstützung, insbesondere von christlichen Kirchen) konnten eine aktive Rolle spielen, dagegen nicht kleinere basisorientierte lokale Gruppen. Seither unterlag die einschlägige NRO-Szene erheblichen Veränderungen. Wichtige ursprünglich aktive Gruppen existieren nicht mehr, während neue entstanden sind. Eine mangelnde Kontinuität der Arbeit weist auf Probleme hinsichtlich der Durchsetzungsfähigkeit gegenüber festen staatlichen Strukturen hin.

Das zweite PRSP (April 2005) wurde in einem wesentlich längeren Prozess unter Federführung des Büros des Vizepräsidenten erstellt und galt für die Finanzjahre 2005/06 – 2009/10. Der offizielle Titel '*National Strategy for Growth and Reduction of Poverty*' machte deutlich, dass nunmehr auch konzeptionell die Armutsbekämpfung als Teil einer übergreifenden Wachstumsstrategie verstanden werden sollte. In Tansania selbst firmierte das Dokument unter dem Kiswahili-Akronym MKUKUTA. Aufbauend auf unterschiedlichen Monitoring-Erfahrungen über die Umsetzung der Zielsetzungen des ersten PRSP entwickelte sich schon ab Oktober 2003 in drei wesentlichen Phasen ein relativ eingehender Konsultationsprozess, sowohl auf nationaler wie auf regionaler (und teilweise lokaler) Ebene, zwischen staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Gruppen über Kernelemente der zweiten PRSP-Generation. Empirische Befragungen über konkrete Erfahrungen mit der PRSP-Umsetzung konnten in den Prozess eingebracht werden, außerdem wurden verschiedene Entwurfsfassungen des MKUKUTA-Texts recht ausführlich und in offenem Stil diskutiert. Nach Einschätzung nahezu aller beteiligter Personen und Institutionen wurde der gesamte Ablauf als durchaus partizipativ und insgesamt recht zufriedenstellend empfunden. Für jedes der fünf Jahre legte das Sekretariat (im Finanz- und Wirtschaftsministerium) einen umfassenden und technisch hochwertig erstellten '*Mkukuta Annual Implementation Report*' (MAIR) mit detaillierten Angaben über den Durchsetzungsfortgang vor, der in Abstimmung mit Stakeholdern der Zivilgesellschaft erstellt wurde.

3.1 Übergreifende strategische Ansätze

Die zentrale derzeit geltende Orientierungsgrundlage der dritten PRSP-Generation bildet MKUKUTA II (bzw. NSGRP II) für die 5-Jahresperiode 2010/11 – 2014/15 (offiziell datiert vom Juli 2010). Noch wesentlich stärker als bei den beiden Vorgängerdokumenten wird hier der Fokus dezidiert auf die Erhöhung des Wachstums und die Stärkung aller Produktivkräfte gelegt, um ambitionierte Ziele in drei zentralen Schwerpunktbereichen (*cluster*) erreichen zu können. Diese Schwerpunkte sind: 1) Wachstum zur Reduzierung der Einkommensarmut und Schaffung von Beschäftigung, 2) Verbesserung von Lebensqualität und sozialer Wohlfahrt, 3) Gute Regierungsführung und Rechenschaftslegung. Es wird also von einem umfassenden Verständnis enger Verknüpfungen von wirtschaftlichen, sozialen und politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen ausgegangen. Die Vorbereitungsphase für die Ausarbeitung des neuen Dokuments begann ab Ende 2008 mit einer umfassenden Überprüfung der vorliegenden Erfahrungen von MKUKUTA I, vor allem basierend auf den *Public Expenditure Reviews*, Berichten von Ministerien und Consultants, aber auch von zivilgesellschaftlichen Gruppen. Verschiedene Entwurfsfassungen wurden dann wieder in ausführlichen Konsultationsrunden zwischen Regierungsseite, Gebergemeinschaft und Repräsentanten der Zivilgesellschaft diskutiert. Der Konsultationsprozess war wie schon bei der Erarbeitung von MKUKUTA I durch ein hohes Maß an zivilgesellschaftlicher Partizipation gekennzeichnet. Eine wesentliche Neuerung bestand darin, dass die Regierung die Organisation der zivilgesellschaftlichen Partizipation nicht mehr selbst steuerte, sondern ganz in die Hände der Zivilgesellschaft gab. Ein Lenkungsausschuss, bestehend aus 15 NRO und Dachorganisationen, wurde gebildet und *Policy Forum* mit der Koordination des Prozesses beauftragt. Zwischen September 2009 und Juni 2010 wurden landesweit zahlreiche workshops auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene durchgeführt, um die Ergebnisse des bisherigen MKUKUTA-Prozesses zu bewerten, den von der Regierung vorgelegten MKUKUTA II – Entwurf zu diskutieren und eigene Vorschläge zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Konsultationen wurden auf nationaler Ebene von *Policy Forum* zusammengefasst und bei weiteren CSO-workshops diskutiert sowie an die Akteure der zentralen, regionalen und lokalen Ebenen zur Kommentierung rückgemeldet. Nach Angaben eines leitenden Mitarbeiters von *Policy Forum* sind die wichtigsten Vorschläge der Zivilgesellschaft in das MKUKUTA II-Dokument eingeflossen. Seinen Aussagen zufolge ist MKUKUTA II ein Regierungsdokument unter Beteiligung der Zivilgesellschaft gewesen; MKUKUTA I sei hingegen ein Dokument der Zivilgesellschaft⁵.

Ergänzt wurden die Vorschläge der Zivilgesellschaft durch Erkenntnisse, einer 2007 von der unabhängigen nicht-staatlichen Forschungseinrichtung REPOA (*Research on Poverty Alleviation*) im Auftrag der Regierung durchgeführten Studie. Dabei wurden fast 8.000 Menschen nach ihren Einschätzungen von Fortschritten in den drei MKUKUTA II-Clustern befragt.

In den Prozess der Revision von MKUKUTA I und der damit einhergehenden Erarbeitung von Vorschlägen für MKUKUTA II waren zwar auch zahlreiche kleine lokale NRO aus dem ländlichen Raum involviert; nach außen wahrnehmbar waren aber vor allem die großen advocacy-NGOs, vorwiegend aus Dar es Salaam, die die Prozesse organisierten. Bezüglich

⁵ Sein Kollege Moses Kulaba, Vorsitzender des Policy Forum, kritisierte bei seiner Rede vor dem *Multi-Stakeholder Meeting On MKUKUTA II* im Juni 2010, MKUKUTA II versäume, Maßnahmen zur Erhöhung von Rechenschaftspflicht und guter Regierungsführung einzuführen (<http://www.policyforum-tz.org/node/7443>).

der Implementierung von MKUKUTA II ergibt sich ein anderes Bild. Bei Interviews im August 2011 erläuterten Vertreterinnen und Vertreter von advocacy-NGOs, für die Implementierung von MKUKUTA sei die Regierung verantwortlich. Zahlreiche lokale, Service-orientierte NRO waren jedoch maßgeblich an der Implementierung beteiligt, wenn auch oft in der Form, dass sie ihre ohnehin betriebenen Arbeiten fortsetzten. Dennoch leisteten sie einen wesentlichen Beitrag, dem Erreichen der MKUKUTA-Ziele näher zu kommen.

In den allgemeinen Vorbemerkungen von MKUKUTA II wird ausdrücklich als übergeordnete Orientierung auf die weitere Gültigkeit der *'Development Vision 2025'* sowie auf die globalen MDGs der UN verwiesen. Darüber hinaus gibt es zwar einen Hinweis auf den parallel zur MKUKUTA-Erstellung verlaufenden tansanischen APRM-Prozess, der faktisch aber nur sehr unbefriedigend mit erheblicher Verzögerung und mangelnder Unterstützung durch die Regierung verlief. Ein erster Entwurf des tansanischen Self-Assessment war schon Mitte 2009 erstellt worden, wurde dann aber zwei Jahre lang nicht weiter behandelt. Im Parlament gab es heftige Kritik am langen Verzug des APRM-Prozesses. Erst im August 2011 wurde schließlich das offizielle Self-Assessment-Dokument öffentlich vorgestellt, das nun die Grundlage für die folgende externe Überprüfung bilden sollte. Grundsätzlich war der APRM-Prozess relativ offen und partizipativ ohne Bevormundung der unabhängigen zivilen Beteiligten (aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft) durch die Regierungsvertreter angelegt gewesen, aber die gesamte Übung erfolgte ohne viel Elan und erkennbares staatliches Engagement.

Einen separaten strategischen Ansatz stellt das im August 2009 vom Präsidenten lancierte Programm *'Kilimo Kwanza'* (Kiswahili: Landwirtschaft zuerst) dar, das als zentraler Pfeiler für die Umsetzung der *'Development Vision 2025'* dargestellt wurde und unter Federführung des *'Tanzania National Business Council'* von einem paritätisch von Staat und Privatwirtschaft besetzten Gremium konzipiert worden war. Nach lange immer wieder beklagter Vernachlässigung der Landwirtschaft sollte hierdurch nun bei allem Regierungshandeln eine deutliche Schwerpunktsetzung auf die Modernisierung der Landwirtschaft und auf die Verbesserung der Bedingungen für die (noch immer die große Mehrheit bildende) ländliche Bevölkerung zum Ausdruck gebracht werden. Als sichtbares Kriterium hierfür wird die Mittelzuweisung im Staatsbudget angesehen; die relativen Anteile der entsprechenden Bereiche im Budget erfuhren in den letzten Jahren merkliche Steigerungen. Für Verwirrung sorgte der im Mai 2011 von der Planungskommission vorgelegte 5-Jahres-Entwicklungsplan 2010/11-2015/16 (FYDP). Das Dokument wird als weitere zentrale Implementierungsstrategie vorgestellt, um die in der *Tanzania Development Vision 2025* beschriebenen Ziele zu erreichen. Unklar ist allerdings, in welchem Verhältnis der neue FYDP zu MKUKUTA II und dem Landwirtschaftsförderprogramm *Kilimo Kwanza* steht. Der FYDP wurde gänzlich ohne zivilgesellschaftliche Partizipation entwickelt.

Einen ganz anders gelagerten strategischen Ansatz stellt die gerade erst anlaufende öffentliche Debatte über eine grundlegende Revision der Verfassung dar, die nach den Wahlen vom Oktober 2010 eine unerwartete Dynamik erhielt. Bisher gilt noch weitgehend unverändert die Verfassung von 1977 aus der sozialistischen Ära, die damals parallel zum Zusammenschluss der Einheitsparteien von Festland und Sansibar zur neuen CCM als Unionsrahmen fixiert worden war. Neben verschiedenen kleineren Anpassungen war seither lediglich 1992 die Rückkehr zu einem Mehrparteiensystem als grundlegende Veränderung vorgenommen worden. Diese grundlegende Änderung sowie zahlreiche weitere Ergänzungen führten jedoch zu Inkonsistenzen und Widersprüchen. Zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren zudem einige aus der sozialistischen Ära stammende repressive Be-

stimmungen, die noch unverändert Bestand haben. Ein erster Gesetzentwurf der Regierung über den vorgesehenen Ablaufrahmen der Verfassungsrevision musste aufgrund massiver Kritik aus der Zivilgesellschaft und aus den politischen Parteien im April 2011 zurückgezogen werden; ein neuer Rahmen mit wesentlich umfassenderen partizipativen Elementen soll im Herbst 2011 vorgelegt werden. Zu dem Themenkomplex hat sich im Februar 2011 ein 'Constitutional Forum' verschiedener zivilgesellschaftlicher Kräfte gebildet, das im August einen ersten Forderungskatalog vorgelegt hat.

3.2 Haushaltspolitik

Aufstellung und konkrete Ausgestaltung des Staatshaushalts liegt auch in Tansania, wie überall, vorrangig in Händen der Ministerialbürokratie unter zentraler Federführung des Finanzministeriums. Die jeweilige Vorlage des neuen Haushalts im Juni (das Finanzjahr läuft ab 1. Juli) erhält jedoch traditionell eine beachtliche öffentliche Aufmerksamkeit, und in den folgenden Wochen wird über die Parlamentsdebatten über die Haushaltsentwürfe aller einzelnen Fachressorts relativ ausführlich berichtet. Die Debatten werden im Fernsehen übertragen und die Redetexte der Ministerinnen und Minister in Tageszeitungen abgedruckt. Zivilgesellschaftliche Akteure haben sich die Fähigkeit erarbeitet, kompetent und konstruktiv auf die Haushaltsentwürfe zu reagieren. Im Zusammenspiel mit dem veränderten Mandatsverständnis vieler inzwischen wesentlich kritischer und unabhängiger agierender Abgeordneter kann damit zunehmend Druck auf die Regierung ausgeübt und eine gewisse Einflussnahme auf politische Vorgaben erreicht werden. Bei den Debatten über den Haushalt 2011/12 drohte das Parlament (dessen absolute Mehrheit aus Abgeordneten der Regierungspartei CCM besteht!) die Haushaltsvorschläge zweier Ministerien (Energie und Infrastruktur) abzulehnen und zwang die Regierung zu Nachbesserungen.

Dennoch befinden sich die Parlamentarier ebenso wie alle zivilgesellschaftlichen Akteure strukturell in Bezug auf Fachkompetenzen wie auf Zugang zu relevanten Informationen weiter in einer schwachen Position gegenüber der Regierung. Vor allem in der wesentlichen Phase der Aufstellung der Haushaltsentwürfe gibt es praktisch keine Transparenz und kaum direkte Einflussmöglichkeiten. Die NRO *Policy Forum* setzt sich aktuell für die Einrichtung eines '*Parliamentary Budget Office*' ein, das als unabhängige Einheit die Überwachung des gesamten Budgetprozesses verstärken könnte. Durch den Rechnungshof erfolgt bisher nur eine formale nachträgliche (und zeitlich stark verzögerte) Kontrolle der Ordnungsmäßigkeit des Haushaltsgebarens der Regierung. Ein inhaltlich-kritisches Monitoring der staatlichen Haushaltspolitik erfolgte bisher zweimal durch das Policy Forum in Form von umfassenden '*Tanzania Government Reviews*' (für die Jahre 2006-07 und 2008-09). *Policy Forum* und *HakiElimu* produzierten 2009 eine kleine Broschüre in der Landessprache Kiswahili, die in einfacher Sprache den Staatshaushalt erklärt.

In den letzten Jahren stellte die Regierung immer deutlich darauf ab, dass die Orientierungen von MKUKUTA oberste Priorität bei der Gestaltung des Haushalts erhalten würden. Rund zwei Drittel aller staatlichen Ausgaben sollen in MKUKUTA-relevante Bereiche und Sektoren gehen. Prioritätsbereiche sind dementsprechend: Erziehung, Gesundheit, Straßen, Landwirtschaft, Wasserversorgung, Energie. Allerdings wird bei derart grober Klassifizierung keineswegs ersichtlich, ob hierbei tatsächlich spezifisch armutsreduzierende Vorhaben und Programme eine prioritäre Behandlung erfahren. Eine bewusst herausgehobene Ausrichtung

auf die Beachtung von Prinzipien des *'pro-poor budgeting'* und des *'gender-budgeting'* ist jedenfalls nicht erkennbar.

Neben der Prioritätensetzung der Ausgabenseite ist die Gestaltung der staatlichen Einnahmen- und Steuerpolitik von großer Relevanz für eine akzeptable soziale Balance. Generell ist, wie überall in Afrika angesichts der sozioökonomischen Gegebenheiten, eine adäquate Erfassung aller potentiell zu erfassender Einkommensarten schwierig. Deshalb ist der Anteil indirekter Steuern und von Zöllen am gesamten Finanzaufkommen des Staates relativ hoch, während viele hohe informell erzielte Einkommen nicht erfasst werden. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote Tansanias ist in den letzten Jahren trotz entsprechender Regierungsankündigungen nicht merklich gestiegen und bleibt weiterhin (mit etwa 17% des BIP) deutlich unter dem afrikanischen Durchschnitt. Die im Zuge der Wirtschaftsreformen erfolgte Einrichtung einer relativ unabhängigen *'Tanzania Revenue Authority'* (TRA) hat trotz Verbesserungen diesen Sachverhalt nicht signifikant verändern können.

Eine seit Jahren kontroverse öffentliche Debatte hinterfragt die Angemessenheit der Lizenz- und Steuerzahlungen der internationalen Bergbaukonzerne, vor dem Hintergrund der seit den 1990er Jahren enorm gestiegenen Bedeutung des Goldbergbaus. Von der politischen Opposition und zivilgesellschaftlichen Gruppen wurden massive Vorwürfe erhoben, dass die Regierung langfristig geltende Verträge mit den Bergbaugesellschaften abgeschlossen habe, die den Gesellschaften hohe Gewinne, der Allgemeinheit aber zu geringe Steuern einbrächten. In Reaktion auf erheblichen öffentlichen Druck wurde daraufhin eine parlamentarische Sonderkommission zur Überprüfung der gesamten einschlägigen Bergbaugesetzgebung eingesetzt, was schließlich zur Verabschiedung eines neuen *'Mining Act'* im April 2010 und der rückwirkenden Aufhebung einiger besonders eklatanter Vergünstigungen führte. Trotz dieses Erfolges verhinderte aber die Bergbaukammer durch erfolgreiche Lobbyarbeit auch allzu einschneidende Verschärfungen zu Ungunsten ihrer Klientel.

Tansania gehört seit fast einem Jahrzehnt zu der qualifizierten Gruppe afrikanischer Länder, die einen erheblichen Teil ihrer Entwicklungshilfe in Form von genereller und/oder sektoraler Budgethilfe erhalten. Die daran beteiligten Geberländer/institutionen koordinieren sich dazu in Dar es Salaam eng untereinander und mit den betroffenen tansanischen Ministerien. Ein Monitoring in Form von regelmäßigen *'Public Expenditure Reviews'* ermöglicht eine generelle Kontrolle über die Einhaltung/Erreichung der gemeinsamen vereinbarten Ziele, überlässt aber die konkrete Durchführungsverantwortung im Sinne der Stärkung der lokalen *'ownership'* vollständig den tansanischen Akteuren. Zwar sind an diesen ‚technischen‘ Abstimmungsprozessen Vertreter der Zivilgesellschaft meist nicht direkt beteiligt (häufig aber lokale akademische Consultants), durch intensive informelle Kontakte zwischen NROs und den örtlichen Geberversretungen gibt es aber durchaus erhebliche faktische Einflussmöglichkeiten. Hier kann es je nach Thema zu einem abgestimmten Zusammenspiel von lokalen NRO-Interessen und Einflusspotential der Geber kommen.

Eine wirkungsvolle Befassung zivilgesellschaftlicher Akteure mit haushaltspolitischen Abläufen und Entscheidungen auf dezentraler Ebene ist generell schwierig, da in den weitaus meisten Fällen nicht genügend technisch-fachliche Kompetenz verfügbar ist, um den staatlichen Autoritäten in den Distrikten Paroli bieten zu können. In einzelnen Gegenden mit überdurchschnittlich starken zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (insbesondere in den größeren Städten und ihrem Umfeld) sind allerdings sehr viel bessere Voraussetzungen gegeben. Immerhin stellt die *'Local Government Finance Working Group'* (Kooperation von Finanz-

ministerium und Büro des Premierministers) in sehr transparenter Form die Finanzpläne aller lokalen Gebietskörperschaften auf einer Webseite öffentlich zur Überprüfung zur Verfügung.

3.3 Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen

Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen seit vielen Jahren dazu bei, rechtliche Rahmenbedingungen der politischen Prozesse der Armutszureduzierung zu verbessern. Die Initiative zu gesetzlichen Veränderungen geht dabei oft von CSO aus. Beispielsweise hatte TAMWA (*Tanzania Media Women's Association*), zwischen 2003 und 2007 Kampagnen durchgeführt, um Revisionen zweier Gesetze⁶ zu erreichen – und konnte so zu einer rechtlichen Verbesserung der Situation junger Frauen beitragen, unter anderem zu einer Heraufsetzung des Heiratsalters auf 18 Jahre (TAMWA 2008:122ff). Neben der Lobbyarbeit bei Entscheidungsträgern spielte die Sensibilisierung der Bevölkerung eine wichtige Rolle für den Erfolg der Kampagnen.

Im Bergbausektor, seit den 1990er Jahren einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes, haben es zivilgesellschaftliche Organisationen zumindest teilweise geschafft, Missstände bekannt zu machen und Reformen zu bewirken. Im Zentrum der Kritik standen dabei Vertreibungen von lokalen Bergleuten zugunsten der Interessen multinationaler Unternehmen, die Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Lage in den betroffenen Ortschaften sowie massive Umweltschäden in den Bergbaugebieten. Kritisiert wurden zudem die geringen Lizenzgebühren für die Unternehmen, die nach Ansicht der CSO die Unternehmen zu Lasten der Staatskasse bevorteilte. LEAT (*Lawyers Environment Action Team*) war eine der ersten Stimmen, die 2001 Missstände im Sektor öffentlich machte - noch zu einer Zeit, in denen der Bergbau in Tansania fast uneingeschränkt als Devisenbringer positiv bewertet wurde. Zunächst stießen die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bei der Regierung auf massive Ablehnung und LEAT wurde mit Repressalien bedroht. Oppositionspolitiker und Medien griffen das Thema auf und weitere CSO und FBO begannen, sich in dem Bereich zu engagieren – bis die öffentliche Wahrnehmung kippte und die Regierung sich zum Handeln veranlasst sah. 2007 richtete sie eine Kommission unter Leitung eines weithin respektierten und unabhängigen Juristen ein, mit dem Auftrag, den Sektor zu untersuchen und die bestehenden Verträge zu prüfen. Auf der Grundlage des Kommissionsberichts wurde ein neues Bergbaugesetz erarbeitet (ohne zivilgesellschaftliche Partizipation) und im April 2010 nach intensiver und kontroverser Debatte im Parlament verabschiedet. Es berücksichtigte tatsächlich zivilgesellschaftliche Forderungen (die Erhöhung der Bergbaulizenzen), blieb jedoch hinter den Erwartungen der CSO zurück.⁷ Auffällig ist, dass vor allem dem Aspekt Rechnung getragen wurde, der auch ein Anliegen der Regierung war: die Erhöhung der eigenen Einnahmen.

Medien- und Menschenrechtsorganisationen setzen sich seit mehreren Jahren für die Verbesserung der Medien- und Informationsgesetzgebung ein.⁸ Die Regierung legte zwei Gesetzentwürfe vor⁹, die jedoch von CSO abgelehnt wurden, mit der Begründung, einige der

⁶ Zanzibar Spinsters, Widows and Female Divorcee Protection Act No 4 (1985), Marriage Act (1971).

⁷ „Tanzania: Civil Society Joins Wassira to Oppose Mining Bill“ (<http://allafrica.com/stories/201004201041.html>)

⁸ Kritisiert werden mehrere als restriktiv interpretierte Gesetze aus dem Jahr 2003 (LHRC 2009:74).

⁹ Freedom of Information Bill (2006), Media Services Bill (2007).

vorgelegten Bestimmungen zielten eher auf eine verstärkte Kontrolle der Medien und eine Einschränkung des Rechts auf Information. Elf führende CSO aus dem Medien- und Menschenrechtsbereich formten die *Coalition on the Right to Information and Freedom of Expression* unter Führung des *Media Council of Tanzania* (MCT), erarbeiteten Empfehlungen für die vorgeschlagenen Gesetze und forderten eine umfassende Beteiligung an der Formulierung der Gesetzestexte. Dem Ansinnen kam die Regierung jedoch nicht nach. Zwar ist es den CSO bislang weder gelungen, an der Formulierung der Gesetze beteiligt zu werden, noch sie in ihrem Sinne zu beeinflussen, doch waren sie in der Lage, Widerstand gegen die für 2009 geplante Verabschiedung der beiden Gesetze zu mobilisieren.

Die Verfahren zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung sind ein weiterer Politikbereich, in dem zivilgesellschaftliches Engagement in der Lage war, zunächst Themen zu setzen und dann den Plan der Regierung zu verhindern, und unter Ausschluss partizipativer Elemente schnell Fakten zu schaffen. Forderungen nach einer neuen Verfassung waren seit vielen Jahren vor allem von Politikern aus Sansibar vorgebracht – und fast genauso reflexartig von Vertretern der Unionsregierung zurückgewiesen worden¹⁰. Mit weniger politischen als vielmehr verfassungsrechtlichen Argumenten sprachen sich zunehmend Vertreterinnen und Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft für die Erarbeitung einer neuen Verfassung aus¹¹.

Wenige Wochen nach seiner Wiederwahl kündigte Präsident Kikwete in seiner Neujahrsansprache zum Jahreswechsel 2010/2011 die Einrichtung einer Kommission ein, die Meinungen von Experten, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen bezüglich einer neuen Verfassung einholen solle. Im März legte die Kommission einen Gesetzesvorschlag vor, der in der nächsten Parlamentssitzungsperiode verabschiedet werden sollte. Die massive Kritik von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Medien und Parlamentsabgeordneten richtete sich gegen den von der Kommission vorgeschlagenen Weg zur Erarbeitung einer neuen Verfassung, der zwar eine Befragung der Bevölkerung vorsah, aber keine Konsultation der Zivilgesellschaft oder eine breite öffentliche Debatte. Zum anderen wurden Bestimmungen des Gesetzes kritisiert, die dem Präsidenten eine Art Wächterfunktion über den Prozess garantierten. Auf Widerspruch stießen auch Regelungen, die die Revision etlicher – sehr kontroverser – Artikel der bisherigen Verfassung untersagten.

Über 80 CSO schlossen sich zum *Tanzania Constitution Forum (Jukwaa la Katiba Tanzania)* zusammen und unterbreiteten dem für Verfassungsfragen zuständigen parlamentarischen Komitee Anfang April eine Liste von Kommentaren und Empfehlungen zu dem vorgelegten Gesetzesentwurf. Zwei von der Regierung angesetzte öffentliche Anhörungen scheiterten, weil der Andrang interessierter Menschen zu groß wurde, eine dritte Anhörung in Sansibar geriet zur Auseinandersetzung um die Union Sansibars mit dem Festland. Schließlich beugte

¹⁰ Von sansibarischer Seite wurden vor allem perzipierte Ungleichgewichte zwischen den beiden konstitutiven Elementen der tansanischen Union beklagt und mehr Autonomie für Sansibar gefordert. Auf Seiten der Unionsregierung wurden diese Ansprüche stets abschlägig behandelt. Von Traditionalisten innerhalb der Regierungspartei wurde eine Infragestellung des status quo als ein 'Verrat am Erbe Nyereres' angesehen; zum anderen wurde die Gefahr gesehen, dass eine Diskussion über die Verfassung automatische eine Diskussion über das Verhältnis von Sansibar zum Festland mit sich bringen würde und als deren Folge zunehmende Konflikte und möglicherweise ein Auseinanderbrechen der Union.

¹¹ Vor allem Organisationen von Juristinnen und Juristen sowie Akteuren aus dem Menschen- und Bürgerrechtssektor bemängelten zum einen Unstimmigkeiten und Widersprüchlichkeiten in der vielfach ergänzten Verfassung und zum anderen das Fortdauern repressiver Bestimmungen aus der sozialistischen Ära.

sich die Regierung dem zunehmenden Druck, zog den Gesetzesentwurf zurück und kündigte eine Überarbeitung an. CSO gaben sich damit nicht zufrieden, forderten Transparenz und zivilgesellschaftliche Partizipation am Überarbeitungsprozess und führten selbst workshops durch, um eigene Positionen zu erarbeiten.

3.4 Stärkung demokratischer Regierungsführung

Insgesamt kann Tansania im innerafrikanischen Vergleich ein relativ positives Zeugnis in Bezug auf die Einhaltung von Standards der demokratischen Regierungsführung ausgestellt werden, selbst wenn die übermäßig starke Dominanz der CCM und die anhaltend geringe Aussicht auf einen möglichen demokratischen Machtwechsel daran zumindest gewisse unterschwellige Zweifel aufkommen lassen kann. Die über Jahrzehnte gewachsene und noch immer stark ausgeprägte enge Symbiose zwischen den staatlichen Strukturen und der ehemaligen Staatspartei, die ihre Dominanz geschickt zu konservieren wusste, ist diesbezüglich nicht ganz unproblematisch.

Die Phase des Übergangs vom Einparteiensystem zur formalen Zulassung eines demokratischen Mehrparteiensystems Anfang der 1990er Jahre war auch die Geburtsstunde einer bis dahin praktisch nicht-existenten staats- und parteiunabhängigen Zivilgesellschaft. Die anfänglich noch schwachen zivilgesellschaftlichen Gruppen spielten eine wichtige Rolle bei der behutsamen politischen Liberalisierung des Landes und gewannen erst im Laufe der Jahre mehr an Selbstbewusstsein und tatsächlichem Gewicht. Inzwischen stellen sie – teilweise auch im Zusammenspiel mit der (eher schwachen) politischen Opposition – ein durchaus relevantes und beachtetes Kontrollelement gegenüber der Staatsmacht und der häufig noch immer mit Dominanzanspruch agierenden CCM dar. Als ein positives Indiz der Einhaltung demokratischer Spielregeln kann auch die weitgehend gewährleistete innerparteiliche Konkurrenz in der CCM bei der Vergabe von Führungspositionen angesehen werden.

Kritische Stellungnahmen und Forderungen verschiedenster zivilgesellschaftlicher Gruppen haben wiederholt konkreten Einfluss gehabt auf Verbesserungen der Wahlgesetzgebung und die Regeln für die Parteien- und Wahlkampffinanzierung, obgleich natürlich keineswegs alle diesbezüglichen Forderungen auch von Regierung und CCM umgesetzt wurden (wie etwa die Zulassung parteiunabhängiger Einzelkandidaten bei Wahlen). Außerdem trägt die kritische Beobachtung dieser Gruppen dazu bei, dass sowohl die nationale Wahlkommission wie die Behörde für die Parteienregistrierung generell ihre Aufgaben korrekt und überparteilich neutral ausüben. Der Ablauf aller bisherigen demokratischen Wahlen (seit 1995) wurde von einer gut organisierten und kompetenten unabhängigen nationalen Wahlbeobachtungsorganisation TEMCO systematisch beobachtet, die hierüber ausführliche kritische Berichte erstellte, die insgesamt jedoch die weitgehend korrekte Durchführung der Wahlen und damit die Einhaltung demokratischer Regeln bestätigten.

Auch die uneingeschränkte Beteiligung unabhängiger Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft am tansanischen APRM-Prozess deutete zumindest nicht auf eine Behinderung unabhängiger Stimmen durch eine etwaige staatliche Bevormundung hin, allerdings war bisher auch keinerlei besonderes Engagement für eine aktive Unterstützung dieses grundsätzlich auf bessere Transparenz abstellenden Verfahrens zu erkennen.

4. Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Beteiligung an entwicklungspolitischen Prozessen

Die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement sind in Tansania grundsätzlich günstig. Das Land blickt auf 50 Jahre stabiler staatlicher Entwicklung zurück, die weder durch interne Gewaltkonflikte, noch durch gewaltsame Sezessionsbestrebungen, Militärherrschaft oder Putsche erschüttert wurde. Der dezidierte Prozess des *nation building* war und ist zweifelsohne für Afrika vorbildlich und ermöglicht heute – trotz durchaus gegebener regionaler und konfessioneller Eifersüchteleien, Vorurteile und Vorteilnahmen – zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Kooperationen, die sich nicht durch tribalistische Interpretationen und Konflikte behindern.

Das autoritäre politische System der sozialistischen Ära ermöglichte begrenzte Partizipationsmöglichkeiten und verzichtete auf massive Repression gegenüber abweichenden Meinungen. Allerdings ermöglichte das elaborierte, bis in alle Landesteile reichende System von Partei und Geheimdienst auch die Kontrolle und Steuerung gesellschaftlicher Aktivitäten. Das Risiko, unangenehm aufzufallen war hoch, ebenso wie das Misstrauen untereinander – dies hatte eine Lähmung zivilgesellschaftlichen Engagements zur Folge. Engagement bedeutete immer auch das Risiko, alles zu verlieren.

Trotz einer höchst defizitären Leistungsbilanz der staatlichen Entwicklungsbemühungen war – auch und gerade während der sozialistischen Jahre – der politische Wille zur Entwicklung des Landes und zur Beteiligung der Bevölkerung ausgeprägt – solange diese Beteiligung die zentralen Paradigmen der damaligen Grundordnung nicht infrage stellte.

Auch wenn sich Tansania seit jener Zeit stark verändert hat, wirken viele dieser Prägungen weiter. In diese Richtung noch verstärkend wirken neopatrimoniale Muster in Gesellschaft und Politik, die im tansanischen Kontext dazu beitragen, dass offener Konflikt selten gesucht wird. Stattdessen dominieren Strategien, die bestehende Strukturen und Verhältnisse grundsätzlich anerkennen und wenn nicht konsensual dann doch zumindest konfliktvermeidend vorgehen. Dies erklärt einerseits das friedfertige und (scheinbar) nahezu vorbildlich kooperative Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft, aber ebenso die Stagnation in Bezug auf stringente Bemühungen, gesetzte Entwicklungsziele auch tatsächlich zu erreichen. Diese neopatrimonialen Muster führen auch häufig dazu, dass von der Bevölkerung Entscheidungen formal höherer Ebenen als legitim hingenommen und zivilgesellschaftliche Infragestellungen nicht immer wohlwollend mit getragen werden.

Ebenso wenig förderlich sind die hohe Armutsrate, die Ungleichgewichte zwischen unterschiedlichen Regionen und Bevölkerungssegmenten sowie die Unterschiede zwischen Stadt und Land, die fast zwangsläufig zu einer beträchtlichen Distanz zwischen CSO und weiten Teilen der Bevölkerung führen. Die grundsätzlich sinnvolle Bereitschaft von Geberorganisationen, zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu fördern, hat im Kontext weit verbreiteter Armut und geringer Beschäftigungsmöglichkeiten zudem zur Gründung dysfunktionaler, eher an persönlichen als an gesellschaftlichen Interessen ausgerichteter NRO geführt, die dazu beitragen, den tatsächlich konstruktiven Teil der NRO-Landschaft unter Selbstbereicherungsverdacht zu stellen.

Das politische System sieht Räume für zivilgesellschaftliche Aktivitäten vor und akzeptiert deren Mitgestaltungsanspruch mittlerweile in der Regel als legitim – angesichts hoher Geberabhängigkeit beider Seiten ein nicht uninteressantes Verhältnis. Diesen Aspekt un-

berücksichtigt lassend, bietet das friedliche, demokratische und zumindest in einigen Städten und einigen ländlichen Räumen wirtschaftlich prosperierende Tansania gute Rahmenbedingungen für eine – nicht allzu aufmüpfige – zivilgesellschaftliche Beteiligung an entwicklungspolitischen Prozessen.

4.1 Strukturelle Verankerung gesellschaftlicher Partizipation

Im Rahmen der MKUKUTA-Prozesse wurde zivilgesellschaftliche Partizipation strukturell verankert. Auch in anderen Politikfeldern findet Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft statt. Gesellschaftliche Partizipation erfolgt in den meisten Politikfeldern jedoch eher situativ und ohne grundsätzlich geregelte, institutionalisierte Verfahren. Es ist in Tansania zudem durchaus üblich, Meinungen der Bevölkerung zu wichtigen Fragen einzuholen. So haben staatliche Kommissionen in den vergangenen Jahren die Menschen des Landes z.B. über die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems sowie über Aspekte der Integration in die Ostafrikanische Gemeinschaft etc. befragt. Auch gab es systematische Befragungen über die Perzeption der Korruption. Die dabei angewendeten Verfahren selbst sind geregelt; jedoch gibt es keine Regelungen, wann die Bevölkerung auf diesem Weg partizipieren kann (Volksbegehren oder ähnliches).

4.2 Rechtliche Basis partizipativer Prozesse

Für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure am politischen Prozess gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen; die eingespielte Praxis der Anhörung von NRO basiert letztendlich auf dem guten Willen von Behörden und Parlament. Die seit mehreren Jahren praktizierte Beteiligung von NRO am politischen Prozess und das erstarkte Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft haben ein politisches Klima bewirkt, in dem zivilgesellschaftliche Partizipation zwar nicht juristisch, aber mittlerweile doch politisch einklagbar ist.

Die Verfassung sowie ratifizierte internationale Abkommen garantieren Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und bieten damit eine wichtige und grundsätzlich einklagbare Grundlage für zivilgesellschaftliches Handeln. Die Verfassungswirklichkeit stimmt weitestgehend mit den Prinzipien überein.

Das Regierungsdokument einer *NGO policy (2002)* wurde in einem mehrjährigen partizipativen Prozess erarbeitet und konnte sich zivilgesellschaftlicher Zustimmung daher sicher sein. Dieses Dokument erkennt die Rolle von NRO als wichtige Akteure der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung an und bezeichnet sie als Partner, für die der Staat eine förderliche Umgebung bereitzustellen habe. Das auf dieser Grundlage verabschiedete Gesetz (*Non-Governmental Organizations Act, 2002*) entstand zwar ohne erneute Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, reflektierte aber die Aussagen der *NGO policy*. Im Wesentlichen errichtete das Gesetz einen einheitlichen Rahmen für Zulassung und Regulierung des NRO-Sektors¹²; der grundsätzliche Anspruch der Regierung,

¹² Weitere Gesetze, die zivilgesellschaftliche Organisationen regulieren, sind The Societies Act, Cap. 337, R.E. 2002, The Co-operative Societies Act, Cap 211, The Trustees' Incorporation Act Cap. 318, R.E. 2002, Companies Act, Cap. 212, R.E. 2002, *National Sports Council of Tanzania Act of 1976, (now Cap.49, R. E. 2002) (FCS 2010:4ff).*

den Nichtregierungssektor zu regulieren, ist zweifelsohne ein Relikt des Denkens der sozialistischen Jahre¹³. Weniger das NRO-Gesetz als vielmehr die *policy* bildet die Grundlage für die gegenwärtig guten und weitestgehend von staatlichen Eingriffen freien Betätigungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure.

Von zivilgesellschaftlichen Akteuren wird seit mehreren Jahren beklagt, dass zwei seit längerem im Medienbereich geplante Gesetze ('*Right to Information Bill*' und '*Media Services Bill*') den ohnehin begrenzten Zugang zu Informationen für Medienschaffende und CSO weiter einschränken und somit auch die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft zur aktiven Mitgestaltung politischer Prozesse reduzieren würden. Ein endgültiger Abschluss der kontroversen Auseinandersetzungen über die Mediengesetzgebung ist noch nicht abzusehen.

4.3 Legitimität beteiligter gesellschaftlicher Gruppen

Präsident, Parlament und Distrikträte sind aus demokratischen Wahlen hervorgegangen und verfügen somit über eine hohe formale Legitimität. Diese wird von der Bevölkerung auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt; doch bringt das hohe Maß an Unzufriedenheit mit der tatsächlichen Arbeit der Akteure in Staat und Politik eine Abwendung vom politischen System mit sich und reduziert die faktische Akzeptanz der Legitimität der gewählten Organe.

Der Legitimitätsglaube der Bevölkerung gegenüber religiösen Institutionen und Autoritäten ist sehr hoch; gleiches gilt im Großen und Ganzen entsprechend für FBO.

Insbesondere die hoch spezialisierten *advocacy-NGOs*, die über keine oder eine nur schmale Mitgliederbasis verfügen, müssen ihren Gestaltungsanspruch über Leistung legitimieren; sie sprechen für die Bevölkerung, sind aber von dieser nicht dazu ermächtigt worden. Die Legitimierung über Leistung ist einigen der NRO in den vergangenen Jahren durchaus gelungen, insbesondere dann, wenn sie öffentlichkeitswirksam Missstände anprangerten oder gar Verbesserungen gesetzlicher Regelungen initiieren konnten. Kontinuierliche Arbeit über nunmehr 20 Jahre, gute Präsenz sowohl in den Medien als auch bei der Bevölkerung und vorzeigbare Erfolge der Arbeit haben beispielsweise TAMWA (*Tanzania Media Women's Association*) den Ruf einer legitimen Advokatin gesellschaftlicher Anliegen eingebracht. Das *Policy Forum* hat durch die Organisation der gesellschaftlichen Partizipation im Rahmen des MKUKUTA II – Prozesses die eigene Legitimität deutlich erhöhen können.

Ähnlich müssen sich Dienstleistungs-NRO über erbrachte Leistungen legitimieren. Allerdings fällt ihnen dies leichter, da die Ergebnisse ihrer Arbeit direkter messbar sind als bei den politisch arbeitenden NRO.

Auch wenn – oder vielleicht gerade weil – NRO heute aus der gesellschaftlichen Landschaft Tansanias nicht mehr wegzudenken sind, wird ihnen häufig unterschwellig mit Misstrauen begegnet; sie stehen schnell unter dem Verdacht, die vorgegebenen Ziele nur offiziell - gegenüber den Sponsoren - zu verfolgen und in Wirklichkeit der Selbstbereicherung ihrer führenden Mitglieder zu dienen.

¹³ Zu Kritikpunkten am Non-Governmental Organizations Act sh. auch: Legal and Human Rights Centre (2009): Tanzania Human Rights Reports 2009, S.47f.
<http://www.hudumazasheria.or.tz/images/Tanzania%20Human%20Rights%20Report%202009.pdf>

4.4 Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure

Der zivilgesellschaftliche Sektor in Tansania ist komplex – dies spiegelt sich entsprechend in der unterschiedlichen Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure wider. Zudem ist bei der Analyse nach unterschiedlichen Handlungsebenen zu differenzieren. Lokale Selbsthilfe-NRO, die beispielsweise darauf abzielen, Einkommensmöglichkeiten für Frauen zu verbessern, können diesbezüglich durchaus sehr handlungsfähig sein und einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Armutsreduzierung leisten. Bezüglich der Beeinflussung nationaler Politikgestaltung sind deren Handlungsmöglichkeiten gering; meist ist dies aber auch nicht ihr Ziel.

Schlechte finanzielle Ausstattung und begrenzter Zugang zu Informationen schränken die Handlungsfähigkeit kleinerer NRO in der Regel stark ein; die Bildung von Netzwerken kann diese Defizite teilweise ausgleichen. Mitunter führen Netzwerkbildungen jedoch auch zur Schwächung der Handlungsfähigkeit, insbesondere wenn Konkurrenz um Mittel und Einfluss oder Spannungen zwischen einzelnen NRO bzw. Individuen zu Konflikten führen.

Advocacy NGOs haben sich in den vergangenen Jahren als sehr handlungsfähig erwiesen. Sie konnten Diskurse in Gang bringen („*agenda-setting*“), *policies* und Gesetzgebung beeinflussen bzw. problematische Gesetzesinitiativen verhindern (Medien- und Informationsgesetzgebung, Verfassungsüberarbeitungsverfahren). Inzwischen hat sich eine *community* von sowohl bei Gebern als auch bei der Regierung und bei Teilen der Bevölkerung anerkannten NRO etabliert, die untereinander kooperieren, Netzwerke und Arbeitsgruppen bilden und zunehmend auch kleinere NRO aus dem ländlichen Raum einbeziehen.

Meist ermöglichen internationale Geber die Handlungsfähigkeit dieser etablierten Organisationen. Allerdings sind auch diese Mittel begrenzt und werden in der Regel nur für Programmförderung und nicht für institutionelle Förderung vergeben¹⁴. Antrags- und Berichtsverfahren sowie die Durchführung von Maßnahmen, die vor allem den Rechenbedürfnissen der Geber dienen, kosten diese Organisationen viel Zeit und Aufmerksamkeit.

5. Gesamtbewertung

Bei der Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen sozialen Dienstleistungen spielen NRO eine wesentliche Rolle; allerdings gibt es in diesem umfangreichen Sektor große Unterschiede zwischen NRO in Bezug auf Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit. Die Bedeutung dieser service-orientierten NRO wird von der Regierung anerkannt und geschätzt, wenn auch nur selten (finanziell) gefördert. Der Raum für *advocacy*-NGOs und ihre konstruktiven aber auch in Bezug auf Regierungshandeln oftmals kritischen Beiträge ist in den vergangenen fünf bis zehn Jahren deutlich größer geworden, ebenso wie die Kapazität von NRO, dies zu leisten. Die größere Kooperationsbereitschaft der Regierung trug bei den *advocacy*-NGOs zu einer Konsolidierung des Selbstverständnisses als zwar kritische und unabhängige, aber grundsätzlich kooperations- und kompromissbereite Akteure bei.

¹⁴ Lange/Wallevik/Kiondo berichten, dass das *Tanzania Gender Networking Programme* (TGNP) sogar so gut mit Gebermitteln ausgestattet wurde, dass die NRO eigene Mittel an Partner-NRO weitergeben oder Geber direkt an andere NRO verweisen konnte (Lange/Wallevik/Kiondo 2000: 13).

Auch wenn es schon seit vielen Jahren Formen der Beteiligung von CSO am politischen Prozess und an der Formulierung von Gesetzen und *policies* gibt, stellte die umfangreiche Partizipation der Zivilgesellschaft an den MKUKUTA-Prozessen doch einen qualitativen Sprung dar. Hier räumte die Regierung – wohl nicht ohne Druck der Gebernationen und -institutionen – der aktiven Mitsprache der Zivilgesellschaft breiten Raum ein. CSO konnten den Beitrag der Zivilgesellschaft zur Überarbeitung des PRSP II und der Formulierung des PRSP III ohne Kontrolle seitens der Regierung und ohne Furcht vor Repression selbst gestalten; die meisten ihrer Forderungen wurden von der Regierung in das endgültige Dokument übernommen.

Der zivilgesellschaftliche MKUKUTA-Konsultationsprozess leistete zudem einen Beitrag zur Reduzierung des nach wie vor großen Abstands zwischen städtischen CSO und kleineren lokalen NRO.

Allerdings bleibt der Ansatz der breiten Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Formulierung, Implementierung und Evaluation der Armutsreduzierungsstrategien sowie bei weiteren Aspekten des politischen Prozesses bislang den Nachweis schuldig, tatsächlich einen Beitrag zur Armutsreduzierung zu leisten.

In der Praxis hat sich eine gesellschaftliche Beteiligung am politischen Prozess eingespielt und ist 'politisch einklagbar' geworden. Allerdings bestehen keine rechtlichen Grundlagen dafür. So unterliegt es dem guten Willen und dem Eigeninteresse der Regierung, wann sie wieviel Partizipation welcher gesellschaftlichen Gruppen zulässt und wie weit sie die Partizipationsprozesse und ihre Ergebnisse kontrolliert und steuert.

Ungewiss ist zudem, ob das derzeit kooperative Verhältnis von Zentralregierung und CSO auch im Falle eines ernsthaften Konflikts Bestand hat. Bislang kann die Regierung aus einer Position der Stärke den Raum für andere Akteure öffnen. Diese Öffnung führte jedoch nicht nur zu konstruktivem Engagement der Zivilgesellschaft, sondern auch zu einer kritischeren Berichterstattung in den Medien und zu Zugewinnen der Opposition bei den Wahlen 2010. Sollte die Regierung(-spartei) ernsthaft um ihren Machterhalt fürchten müssen, ist nicht auszuschließen, dass Partizipationsmöglichkeiten wieder zurückgenommen werden. Die Auseinandersetzung um die beiden Mediengesetze und der (am Widerstand der Zivilgesellschaft gescheiterte) Versuch der Regierung, ein nicht-partizipatives Gesetz für den Verfassungsgebungsprozess im Schnelldurchlauf vom Parlament beschließen zu lassen, lassen autoritäre Reflexe einer um die Macht fürchtenden Regierung als möglich erscheinen. Die erstarkte Zivilgesellschaft würde gewonnenes Terrain wahrscheinlich nicht ohne Widerstand aufgeben.

6. Service

MDG 1: Extreme Armut und Hunger beseitigen			
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag (%)	1992	2000	2007
	72,6	88,5	67,9
Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Untergewicht (%)	1991	1999	2004
	25,1	25,3	16,7
MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung			
Grundschulabschlussrate (%)	1999	2001	2009
	-	54,9	102,3
MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen			
Einschulungsverhältnis Mädchen/Jungen in der Grundschule (%)	1991	2000	2009
	0,98	0,99	1,00
Sitze im Parlament, die von Frauen eingenommen werden (%)	1990	2000	2011
	-	16,4	36,0
MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit			
Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren (auf 1.000 Lebendgeburten)	1990	2000	2010
	155	130	76
MDG 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter			
Müttersterblichkeitsrate (auf 100.000 Lebendgeburten)	1990	2000	2008
	880,0	920,0	790,0
MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten			
Anteil der 15- bis 49jährigen, die mit HIV leben (%)	1990	2001	2009
	4,80	7,30	5,60
MDG 7: Umweltschutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen			
Anteil waldbedeckter Flächen an der Landesfläche (%)	1990	2000	2010
	46,8	42,3	37,7
Anteil der Bevölkerung mit nachhaltigem Zugang zu einer verbesserten Wasserquelle/Sanitärversorgung (%)	1990	2000	2008
	55/24	54/24	54/24
MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft			
Schuldendienst als Prozentwert der Güter- und Dienstleistungsausfuhren	1990	2000	2009
	31,3	11,8	1,0
Telefon- / Internetnutzung (je 100 Personen)	1990	2000	2010
	0,29/0,0	0,51/0,12	0,39/11,0

Quelle UN – Millennium Indicators Database: <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Data.aspx>

Statistische Quellen

Auswärtiges Amt (2010): Länderinformation Tansania

<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Tansania.html>

Bertelsmann Stiftung (2009): BTI 2010 – Tanzania Country Report. Gütersloh.

http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/ESA/Tanzania.pdf

Freedom House (2011): Country Report Tanzania.

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8146>

Freedom House (2011²): Freedom of the Press 20

<http://www.freedomhouse.org/uploads/fop11/FOTP2011Booklet.pdf>

The United Republic of Tanzania (o.J.): National Bureau of Statistics
<http://www.tanzania.go.tz/statisticsf.html>

Transparency International (2010): Corruption Perceptions Index 2010
<http://www.transparency.org/content/download/55725/890310>

UN – Millennium Indicators Database
<http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Data.aspx>

UNDP (2011): Human Development Report 2011
<http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/TZA.html>

UNDP (2007): MDG Monitor United Republic of Tanzania
http://www.mdgmonitor.org/country_progress.cfm?c=TZA&cd=

World Bank (2010): World Development Indicators
<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD>

Wichtige Dokumente

a. PRSP-Dokumente

IMF / IDA (2007): The United Republic of Tanzania. Joint Staff Advisory Note on the National Strategy for Growth and Reduction of Poverty (MKUKUTA) - Annual Implementation Report 2006/07.

<http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/383606-1165869436599/cr0810.pdf>

IMF / IDA (2006): The United Republic of Tanzania. National Strategy for Growth and Reduction of Poverty (NSGRP - MKUKUTA). Joint Staff Advisory Note. Washington D. C..

[http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/TanzaniaJSAN\(Mar24-2006\).pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/TanzaniaJSAN(Mar24-2006).pdf)

IMF / IDA (2003): Tanzania. Poverty Reduction Strategy Paper - Progress Report. Joint Staff Assessment. Washington D. C..

<http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Country-Papers-and-JSAs/cr03306.pdf>

The United Republic of Tanzania / Ministry of Finance and Economic Affairs (2010): Assessment of Participation of Local Stakeholders in Planning, Implementation and Monitoring Of Mkukuta. Draft Report. Dar es Salaam.

<http://www.policyforum-tz.org/files/MKUKUTAParticipationReportDraftsubmitted.pdf>

The United Republic of Tanzania / Ministry of Planning, Economy and Empowerment (2007): Mkukuta Annual Implementation Report 2006/07 - "Managing for Development Results".

<http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Country-Papers-and-JSAs/cr0822.pdf>

The United Republic of Tanzania / Vice President's Office (2005): National Strategy For Growth and Reduction of Poverty (NSGRP).

[http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/TanzaniaPRSP\(June-2005\).pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/TanzaniaPRSP(June-2005).pdf)

The United Republic of Tanzania (1998): Tanzania Development Vision 2025

<http://www.tanzania.go.tz/pdf/theTanzaniadevelopmentvision.pdf>

United Republic of Tanzania / Ministry of Finance and Economic Affairs (2010): National Strategy for Growth and Reduction of Poverty II, NSGRP II. Dar es Salaam: Ministry of Finance and Economic Affairs

<http://www.povertymonitoring.go.tz/Mkukuta/MKUKUTA%20BOOK%20II%202010.pdf>

United Republic of Tanzania / Ministry of Finance and Economic Affairs (2009): Guideline for the Development of Next Generation of MKUKUTA and MKUZA

<http://www.policyforum-tz.org/files/MKUKUTAreview2009.pdf>

United Republic of Tanzania / President's Office, Planning Commission (2011): The Tanzania Five Year Development Plan 2010/11-2015/16

<http://www.advancefamilyplanning.org/system/files/FiveYearPlanTZJune2011.pdf>

Weitere PRS-Dokumente und darauf Bezug nehmende Stellungnahmen von IWF und Weltbank können unter folgender Adresse eingesehen werden:

<http://go.worldbank.org/ZBYSV47F10>

b. weitere Dokumente

The United Republic of Tanzania (2002): The Nongovernmental Organizations Act, 2002.

<http://www.bunge.go.tz/Polis/PAMS/Docs/24-2002.pdf>

World Bank (2006): World Bank - Civil Society Engagement. Review of Fiscal Years 2005 and 2006. Washington D. C..

<http://siteresources.worldbank.org/CSO/Materials/21063337/CSEngagement06Final.pdf>

Literatur, Berichte und Analysen

Communications Technical Working Group (2006): Proposed Terms of Reference for the Views of the People Report. July 2006.

http://www.povertymonitoring.go.tz/documents/comm_tech_group_ref_july_2006.pdf

http://www.povertymonitoring.go.tz/comreport/comm_tech_group_ref_july%202006.pdf

Feuerhahn, Janik (2005): Review of Participation in the Monitoring and Evaluation of PRSPs. Draft for Comments. World Bank, Social Development Papers.

HakiElimu and Policy Forum (2008): Understanding the Budget Process in Tanzania – A Civil Society Guide. Dar es Salaam.

[http://www.policyforum-](http://www.policyforum-tz.org/files/EnglishUnderstandingtheBudgetProcessinTanzaniaCSOGuide_0.pdf)

[tz.org/files/EnglishUnderstandingtheBudgetProcessinTanzaniaCSOGuide_0.pdf](http://www.policyforum-tz.org/files/EnglishUnderstandingtheBudgetProcessinTanzaniaCSOGuide_0.pdf)

Hakikazi Catalyst (2004): Partizipatory monitoring of PRS and pro-poor expenditure in selected districts and areas of Arusha region, Tanzania. Programme funded by OXFAM IRELAND.

<http://www.hakikazi.org/papers/Hakikazi-Participatory-Monitoring-of-PRS-2004.pdf>

Hakikazi Catalyst u.a. (2004): Poverty Reduction Strategy Review Consultations and Feedback from Northern Tanzania.

<http://www.hakikazi.org/papers/Arusha%20PRS%20Review%20Consultation%20Feedback%20Report%20-%20March%202004.pdf>

Hakikazi Catalyst (2004): Poverty Reduction Strategy Review. Consultation of Civil Society Organisations from the Southern Highlands Regions of Iringa, Mbeya, Rukwa and Ruvuma.

<http://www.hakikazi.org/papers/Mbeya%20PRS%20Review%20Consultation%20Feedback%20Report%20-%20March%202004.pdf>

Ramkumer, Vivek (2008): Hakikazi Catalyst Uses PIMA Cards in Tanzania. In: Ramkumer, Vivek (2008): Our Money, Our Responsibility. International Budget Partnership.

http://www.internationalbudget.org/files/HakiKazi_PIMA_cards_case.pdf

Shariff Samji, Waheeda (2005): Tanzania. In: Mozammel, Masud / Odugbemi, Sina (eds.): With the support of multitudes. Washington (World Bank), London (DFID) (hier: S. 53-66).

<http://siteresources.worldbank.org/EXTDEVCOMMENG/Resources/withthesupportofmultitude.pdf>

Social Development Direct (2006): PPA Evaluation and Recommendations for the Poverty Monitoring System in Tanzania. Final Report.

http://www.repoa.or.tz/documents_storage/Research%20and%20Analysis/PPA_Evaluation.pdf

Society for International Development SID (2009): The Extractive Ressource Industry in Tanzania

http://www.sidint.net/docs/extractive_resource_industry.pdf

The Foundation for Civil Society (2009): The State of Civil Society Organisations in Tanzania. Annual Report 2009.

<http://www.thefoundation.or.tz/images/State%20of%20CSOs%20Annual%20report%202009.pdf>

United Republic of Tanzania (2007): Views of the People 2007. Dar es Salaam: Mkukuta Secretariat, Poverty Eradication Division, Ministry of Finance and Economic Affairs.

http://www.repoa.or.tz/documents_storage/Research%20and%20Analysis/Views%20of%20the%20People%202007%20Complete.pdf

Links zu beteiligten Akteuren

a. PRSP

APRM Tanzania

<http://www.aprmtanzania.org/>

Economic and Social Research Foundation Tanzania

<http://www.esrftz.org/>

Local Government Information

<http://logintanzania.net/>

Ministry of Finance and Economic Affairs

<http://www.mof.go.tz/>

National Bureau of Statistics

<http://www.nbs.go.tz/>

Official Online Gateway of the United Republic of Tanzania

<http://www.tanzania.go.tz/>

Research on Poverty Alleviation (REPOA)

<http://www.repoa.or.tz/>

United Republic of Tanzania / Ministry of Finance and Economic Affairs: Poverty Monitoring.

<http://www.povertymonitoring.go.tz/>

b. Verschuldung

European Network on Debt & Development

<http://www.eurodad.org/>

Deutsche Entschuldungskampagne

<http://www.erlassjahr.de>

Jubilee Research

<http://www.jubileepius.org>

Pariser Club
<http://www.clubdeparis.org>

c. Zivilgesellschaft allgemein

Economic and Social Research Foundation Tanzania
<http://www.esrftz.org/>

Hakikazi Catalyst
<http://www.hakikazi.org/>

Media Council
<http://mct.or.tz/mediacouncil/>

Policy Forum
<http://www.policyforum-tz.org/>

Tansania Netzwerk verschiedener NRO
<http://www.tanzania-network.de>

Tanzania Association of NGOs (TANGO)
<http://www.tango.or.tz/>

Tanzania Coalition on Debt and Development (TCDD)
<http://tcdd.org/ver3/index.php>

Tanzania Gender Networking Programme (TGNP)
<http://www.tgnp.org/>

d. Im Land aktive Geber / internationale Akteure

Development Partners Group
<http://www.tzdpq.or.tz/external/mkukutaii-mkuza-ii.html>

European Union – External Action: EU Relations with Tanzania.
http://eeas.europa.eu/tanzania/index_en.htm

Internationaler Währungsfonds
<http://www.imf.org/external/country/TZA/index.htm>

UNDP Büro im Land
<http://www.tz.undp.org/>

World Bank
<http://go.worldbank.org/A907QAVDA0>

Allgemeine Links, die auch Informationen zum Land bieten

Auswärtiges Amt (2010): Länderinformation Tansania
<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Tansania.html>

Internationale Weiterbildung und Entwicklung InWEnt (o.J.): LIPortal Tansania. Das Länder-
Informations-Portal von InWEnt.

<http://liportal.inwent.org/tansania.html>

Österreichische Forschungstiftung für internationale Entwicklung (2000):
Länderprofil Tansania.

<http://www.oefse.at/Downloads/laender/tansania.pdf>

Tanzania on-line

www.tzonline.org

© VENRO und Fachhochschule Düsseldorf
(Forschungsstelle Entwicklungspolitik, Leitung Prof. Dr. Walter Eberlei)